



**Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 21.03.2017

Beschlussprotokoll

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 20.03.2017, 16:00 Uhr bis 19:25 Uhr, Ratssaal

I. Öffentlicher Teil

2 Anträge gemäß § 3 und 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

2.1 Schutzdach bei Containeranlagen für Schulen AN/0271/2017

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung gibt den Antrag ohne eigenes Votum zur weiteren Beratung in den Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

2.2 Schulprofil der Internationalen Friedensschule in Köln-Widdersdorf in eine neu zu gründende Schule am selben Standort mitnehmen AN/0389/2017

Der Antrag wird zurückgezogen.

2.3 Friedensschule Widdersdorf AN/0479/2017

Der Antrag wird zurückgezogen.

3

4 **Vorlagen der Verwaltung**

4.1 **Gute Schule 2020 - Umsetzung des Förderprogramm des Landes NRW
4316/2016**

**Änderungsantrag zur Vorlage „Gute Schule 2020“, DS-Nr. 4316/2016,
TOP 4.1.
AN/0492/2017**

Beschluss zum 2. Teil des Änderungsantrages der Fraktion Die Linke:

2. **Eingefügt** wird im Beschluss zwischen 2. und 3. ein neuer Punkt 3:

**„3. Bei der Umsetzung des Programms Gute Schule 2020 wird auf Maßnahmen
des Jobcenters verzichtet, deren Teilnehmer im Rahmen von Arbeitsgelegenhei-
ten mit Mehraufwandsentschädigung beschäftigt werden.“**

Danach folgt als Beschlusspunkt 4 der alte, unveränderte Beschlusspunkt 3.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich **abgelehnt** mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion gegen die Stimme der Fraktion Die Linke.

Beschluss zum 1. Teil des Änderungsantrages der Fraktion Die Linke:

1. **Gestrichen** wird unter 2. im Beschluss:

„im Rahmen von ÖPP oder“

sodass der neue Punkt 2 heißt:

Es ist zu prüfen, ob kleinere Neubaumaßnahmen wie z. B. Sporthallen durch Vergabe an einen Generalunternehmer realisiert werden können.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich **abgelehnt** mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion gegen die Stimme der Fraktion Die Linke.

**Beschluss zum 1. Teil des Änderungsantrages der Fraktion Die Linke in der ge-
änderten Fassung von Dr. Schlieben, CDU-Fraktion:**

1. Unter 2. im Beschluss wird die Formulierung

„im Rahmen von ÖPP oder durch Vergabe an einen Generalübernehmer“

ersetzt durch

„durch die effizienteste Beschaffungsform“

sodass der neue Punkt 2 heißt:

Es ist zu prüfen, ob kleinere Neubaumaßnahmen wie z. B. Sporthallen durch die effizienteste Beschaffungsform realisiert werden können.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich **zugestimmt** mit den Stimmen der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion gegen die Stimme der Fraktion Die Linke.

Geänderter Beschluss zur Vorlage:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen: "Der Rat beschließt wie folgt:

1. Die Fördermittel aus dem Förderprogramm des Landes NRW „Gute Schule 2020“ werden in größtmöglichem Umfang, d.h. je 25 Mio € in den Jahren 2017 – 2020, beantragt.
 2. Es ist zu prüfen, ob kleinere Neubaumaßnahmen wie z.B. Sporthallen **durch die effizienteste Beschaffungsform** realisiert werden können.
 3. Die Fördermittel werden für folgende Maßnahmen verwendet:
 - Verschönerungsmaßnahmen in Schulen, z.B. durch Anstriche der Klassenräume und Flure
 - Beschaffung von Verdunkelungsvorhängen
 - Breitbandanbindung und WLAN-Ausstattung
 - Digitalisierungsmaßnahmen wie Ausbau der Präsentationstechnik in den Klassenräumen und generelle Unterstützung digitaler Bildung
 - Vervollständigung und Modernisierung von CAS-Verkabelungen an bis zu 86 Schulen
 - Ausstattung der Grundschulen mit Außenspielgeräten und Fahrrad- sowie Roll-erständern
 - Ausstattung der weiterführenden Schulen mit Außensportgeräten wie Tischtennisplatten, Basketballkörben, Toren, aber auch Sitzgelegenheiten
 - Neuausstattung von Klassenräumen und des Verwaltungsbereichs von Schulen, sofern die Anschaffungspreise die Geringwertigkeitsgrenze überschreiten
 - Technische Geräte
 - Erstellung zusätzlicher Sporthallen, wenn Bedarf und Platz vorhanden ist und diese Maßnahmen bei der Gebäudewirtschaft personalisiert sind oder werden können (siehe auch Punkt 2)
 - Finanzierung von Grundstücksankäufen und Bau- sowie Sanierungsmaßnahmen, die bei der Gebäudewirtschaft bereits personalisiert sind
 - Kauf von Containeranlagen zur kurzfristigen Schaffung von Schülerplätzen
- Der Rat nimmt diese von der Verwaltung erstellte Zusammenstellung der Maßnahmen (siehe Anlage 3) zustimmend zur Kenntnis und ermächtigt die Verwaltung, die erforderlichen Aufträge unter Berücksichtigung der bestehenden Vergabebestimmungen zu erteilen.

Mit dieser Vorlage werden den in Anlage 6 genannten konkreten Digitalisierungsmaßnahmen im Sinne einer Bedarfsprüfung ebenfalls zugestimmt und die Verwaltung wird mit den hierfür erforderlichen (europaweiten) Ausschreibungen für die einzelnen Gerätetypen beauftragt. Zu beachten ist, dass alle Maßnahmen inhaltlich in Einklang mit der Zielsetzung des „Konzeptes zu einer ganzheitlichen technischen Schul-IT an Kölner Schulen“ (Vorlage 2703/2014) stehen und die konkreten Einzelabrufe jeder Schule einer inhaltlichen, pädagogisch sinnvollen Bedarfsbegründung und –prüfung unterliegen.

Notwendige Verschiebungen bei den genannten Maßnahmen und der geplanten

Mittelverwendung sind im Rahmen des Förderzweckes zulässig. Sollten im weiteren Verfahren Maßnahmen als nicht realisierbar oder nicht förderfähig eingestuft werden, sind Ersatzmaßnahmen mit einem entsprechenden Finanzvolumen heranzuziehen.

Es ist geplant die Fördermittel vollumfänglich auszuschöpfen. Zur Entlastung des städtischen Haushaltes sind dabei vordringlich diejenigen Maßnahmen zu realisieren, für die bereits entsprechende Haushaltsermächtigungen im Haushaltsplan vorgesehen sind.

Die Fördermittel werden durch die NRW.Bank anhand eines Kredites zur Verfügung gestellt. Jährlich werden in den Haushaltsjahren 2017 bis 2020 rd. 25 Mio. € beantragt. Kreditnehmer ist die Stadt, den Tilgungs- und Zinsdienst übernimmt das Land NRW. Ein städtischer Eigenanteil ist nicht zu leisten.

Die Mittel können sowohl für konsumtive als auch investive Maßnahmen Verwendung finden. Eine Aufteilung der Mittel wird anhand der Maßnahmenlisten durch die Verwaltung verursachungsgerecht vorgenommen. Die Kreditabwicklung sowie die entsprechende Mittelverwendung wird je nach Aufteilung im Teilergebnis- bzw. Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben in den betreffenden Teilplanzeilen abgebildet. Für das Haushaltsjahr 2017 erfolgt die Umsetzung im Rahmen der unterjährigen Bewirtschaftung (u.a. Bereitstellung der Mittel im Wege der unechten Deckung). Die Mittelveranschlagung für die Jahre 2018 – 2020 erfolgt im Rahmen des Hpl.-Aufstellungsverfahrens 2018ff.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.